

DGB und VdK trommeln für den Mindestlohn

Mit Forderungen nach einem verbindlichen Mindestlohn gingen diese Woche Gewerkschaften und der Sozialverband VdK an die Öffentlichkeit.

Von Martina Hunke

Sonneberg – Klänge indischer Trommeln, eines afrikanischen Balafons und von kubanischen Bongo-Trommeln: Nein, auf dem Pikoplatz fand am Freitag kein Eine-Welt-Musik-Ereignis statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ließ Manfred und Andrea Feneberg aus Pfaffenhofen an der Ilm trommeln für den Mindestlohn. Auf viel Interesse stieß das in der Fußgängerzone allerdings nicht, die meisten Vorübergehenden konnten die Aktion wohl zu wenig einordnen. Dabei ist das Thema Mindestlohn Wahlkampfthema in allen Parteien und nach Ansicht der Gewerkschaften in Sonneberg besonders brisant. „In Sonneberg waren 2010 laut Bundesagentur für Arbeit 4623 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Niedriglohnsektor beschäftigt. Das sind 26,6 Prozent und das ist damit der höchste Wert aller Landkreise und kreisfreien Städte im Land. Für Thüringen waren es in 2010 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit 24,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“, bringt Jochen Kreppl vom DGB die Statistik an Mann und Frau und seine Mitstreiter erklären, was es mit der vom DGB geforderten neuen Ordnung auf sich hat: „Es fordert der DGB unter anderem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro und eine Regulierung der Leiharbeit. Der Missbrauch von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping muss strikt unterbunden werden. Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung sollen gestärkt werden. Frauen müssen für die gleiche Arbeit auch endlich das gleiche Geld bekommen. Alle Arbeitsverhältnisse sollen ohne Ausnahme sozialversicherungspflichtig werden. Der Sonderstatus von Minijobs muss aus unserer Sicht beendet werden. Die Gewerkschaften wollen bei niedrigen Verdiensten auch die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Bei Einkommen unter 800 Euro sollen ihre Beiträge an die Sozialversicherungen höher sein als die der Beschäftigten. Erst darüber gilt dann die paritätische Finanzierung. Bei öffentlicher Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien berücksichtigt werden, wie etwa Tarifreue, Mindestlohn oder die Gleichstellung von Männern und Frauen.“

Deutlich wurde im Gespräch über die Forderungen nach einem Mindestlohn aber auch, dass einige Leistungen, die jeder heute als selbstverständlich und billig in Anspruch nimmt, entweder viel teurer werden oder sogar wegfallen, weil sie keiner zum deutlich erhöhten Preis zahlen



Mindestlohn im Wahlprogramm: Stefanie Erben (Grüne) und Knut Korschewsky (Linke) befestigen mit Ramona Edelmann und Jochen Kreppl vom DGB (im Foto beide rechts) das Schild am Ortseingang. Foto: camera900.de

will. Auf dem Platz gab es aber nicht nur Forderungen, sondern auch konkrete Hilfsangebote der Gewerkschaften, wie zum Beispiel ein Ratgeber für Menschen mit niedrigem Einkommen, was ihnen an Sozialleistungen zusteht.

Neben der Aktion auf dem Pikoplatz gab es am Nachmittag auch eine am Ortseingangsschild in Hönbach. Das Schild wurde kurzzeitig überklebt mit: „Kreisstadt Sonneberg, 7842 Beschäftigte im Niedriglohn“.

Das Thema Niedriglohn beschäftigte am Donnerstagnachmittag auch den Sozialverband VdK. Er hatte die Altersarmut als Thema für eine Gesprächsrunde gesetzt. Der Sozialverband ist im Landkreis Sonneberg schon rein zahlenmäßig eine Macht: Er zählt 632 Mitglieder, 59 kamen im vergangenen Jahr neu hinzu. Sonneberg ist damit einer der

mitgliederstärksten Kreise des VdK in der ganzen Bundesrepublik. Der gesamte Kreisverband Saalfeld-Sonneberg hat über 3000 Mitglieder und ist damit einer der stärksten in Thüringen. Vorsitzender Josef Krüger berichtete über die zurückliegende Sprechstunde des VdK, die stets rege genutzt wird: am Donnerstag zum Beispiel von einer Frau, die als Leiharbeiterin in Neuhaus-Schierschnitz arbeitet. „Sie hat zwei Kinder und verdient dort 900 Euro netto. Da können Sie sich vorstellen, was da bei einer Erwerbsminderungsrente heraus kommt, die sie jetzt beantragen muss“. Die Ausführung wurde mit sarkastischem Lachen an einem Tisch quittiert: „Da gibt es in Sonneberg Leute, die in einer städtischen Einrichtung arbeiten, die privat betrieblen wird. Die haben noch sehr viel weniger auf die Hand“.

Niedrige Löhne ziehen natürlich

auch niedrige Renten nach sich: Wer heute hier 1536 Euro brutto verdient, hat nach 40 Beitragsjahren bei diesem Lohn mit einer Rente von 589 Euro (Rentenniveau 43 Prozent) zu rechnen, so ein Beispiel des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Krüger forderte seine Mitglieder auf, immer wieder auf die Rentenprobleme aufmerksam zu machen.

Immer mehr Rentner seien auch auf die Grundsicherung angewiesen, weil ihre Rente zu niedrig ausfalle. Wie aus dem Entwurf zum Sozialbericht des Landkreises Sonneberg hervor geht, bezogen im Jahr 2011 im Landkreis Sonneberg gegenwärtig 97 Personen Grundsicherung, acht mehr als 2005. Das macht einen Anteil von 0,66 Prozent der Rentner aus. In Thüringen liegt der Anteil bei 0,91 Prozent, in ganz Deutschland bei 2,6 Prozent. Der VdK geht allerdings davon aus, dass der Anteil von Grundsicherungsrentnern steigt.

Am Rentenniveau könne die Stadt Sonneberg nichts ändern, wohl aber günstige Rahmenbedingungen für die Senioren schaffen, erklärte der 1. Beigeordnete der Sonneberger Bürgermeisterin Heiko Voigt. Sibylle Abel konnte wegen Krankheit nicht kommen. Er zählte auf: Versorgungseinrichtungen für Einkäufen, Kultur, Sport, Freizeit medizinische Betreuung in Wohnnähe, ein funktionierendes Stadtbussystem zum Beispiel. Als besonders gelungenes Beispiel nannte Voigt den Wolkenrasen mit billigem Internet und den Angeboten der Wolke 14. Hier hielt ihm ein Steinbacher entgegen, das nütze ihm als Steinbacher alles nichts, wenn es im Wolkenrasen wunderbar sei und sich in Steinbach nichts tue.

In Sachen Lohnpolitik räumte Voigt ein, dass es in Sonneberg zu wenige Arbeitsplätze für höher qualifizierte gebe und die meisten Formen nur Außenstellen, aber nicht ihren Hauptsitz hier haben. Die sei auch im Bezug auf das Verwelen von jungen Leuten in ihrer Geburtsstadt ein Problem. Da helfe für die Geburtenrate auch nicht, dass die Stadt 14 sanierte Kindertageseinrichtungen mit qualifiziertem Personal biete. Der Familienwunsch werde durch viele Faktoren beeinflusst.

In Sachen Familien machte die Landtagsabgeordnete Beate Meißner ihre Position deutlich. So sollten jene Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, gleichgestellt werden mit jenen, die Kinder danach bekamen. Die Mütter vor 1992 erhalten nämlich weniger Kindererziehungszeit gutgeschrieben in Form von Rentenpunkten als die nach 1992. Der Gesetzgeber hatte vor Jahren diesen willkürlichen Schnitt gemacht, weil das Geld für die Anhebung aller Erziehungszeiten fehlte. Auch Beate Meißner plädierte für verbindliche Lohnuntergrenzen und neuen Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge, die solche sozialen Faktoren mit einschließen. Gemeinsam mit Voigt würdigte sie das ehrenamtliche Engagement der Senioren.